

## Medienmitteilung

Dienstag, 14. Januar 2014

Abstimmungen vom 9. Februar: FABI-Vorlage wird zur Annahme empfohlen

### **IHK St.Gallen-Appenzell sagt Nein zur SVP-Abschottungsinitiative**

**Mit einer ungewöhnlichen Inseratekampagne setzt sich die Industrie- und Handelskammer IHK St.Gallen-Appenzell gegen eine Annahme der SVP-Abschottungsinitiative ein. In einem offenen Brief richtet sich die IHK direkt an den St.Galler Nationalrat und SVP-Präsidenten Toni Brunner. Gerade die Ostschweiz würde unter einer Annahme der Initiative besonders leiden. Zur ebenfalls am 9. Februar 2014 vors Volk kommenden FABI-Abstimmung (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) hat der IHK-Vorstand die Ja-Parole beschlossen.**

„Die Einführung der Personenfreizügigkeit war die wichtigste Wirtschaftsreform der jüngeren Vergangenheit“ heisst es im ab heute in verschiedenen Zeitungen publizierten Abstimmungsinsert der Industrie- und Handelskammer IHK St.Gallen-Appenzell. In Form eines offenen Briefes wendet sich die IHK direkt an SVP-Nationalrat Toni Brunner und wirbt für ein Nein zur SVP-Abschottungsinitiative am 9. Februar 2014. Dem SVP-Präsidenten wird vorgeworfen, seine eigene Heimat zu benachteiligen, da die Ostschweiz besonders unter einer Wiedereinführung von staatlich verwalteten Kontingenten leiden würde. Denn „die Verlierer jeder staatlichen Planwirtschaft sind die Randregionen sowie die kleineren und mittleren Unternehmen, ohne besondere Beziehungen zu den Bewilligungsbehörden. Mit anderen Worten, auf der Strecke bleibt die Ostschweiz.“

### **Positive wirtschaftliche Entwicklung**

Es wird nicht verschwiegen: Wo Licht ist, ist auch Schatten. Die Personenfreizügigkeit ist eine Erfolgsgeschichte, die der Schweiz zu einer guten wirtschaftlichen Entwicklung verhalf.

Trotzdem bringt auch sie gewisse Nachteile mit sich, die in einem Teil der Bevölkerung Ängste auslösen. Vom immer wieder ins Feld geführten Dichtestress sind primär die Grossregionen um Zürich oder den Genfersee betroffen. Es darf aber nicht sein, dass Probleme dieser Grossregionen zulasten der Ostschweiz gelöst werden. Ohnehin ändert auch eine Annahme der Abschottungsinitiative nichts an den Engpässen bei der Infrastruktur.

### **Kontingent-Bürokratie gefährdet Erfolg**

Eine Annahme der SVP-Initiative führt dafür zur Kündigung der Bilateralen Verträge mit der EU und zerstört einen der wichtigsten Pfeiler des wirtschaftlichen Erfolges der Schweiz. Statt dem freien Personenverkehr müsste wieder eine Kontingent-Bürokratie eingeführt werden. Der Fachkräftemangel würde sich weiter verschärfen und staatliche Stellen müssten entscheiden, ob eher eine Pflegefachfrau oder ein Ingenieur bewilligt werden soll, ob diese Stelle bei einem Gross- oder Kleinunternehmen geschaffen werden darf und ob sie eher dem Linthgebiet oder dem Rheintal zugeteilt wird.

### **Ja zum Ausbau der Bahninfrastruktur**

Auch für eine zweite Abstimmungsvorlage vom 9. Februar 2014 – der Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI) – hat die IHK St.Gallen-Appenzell eine Parole beschlossen. Zwar wird mit der Vorlage versäumt, die Bahnfinanzierung im Grundsatz neu zu regeln. Der Nutzen der verbesserten Bahninfrastruktur wiegt solche Bedenken aber klar auf. Der Vorstand der IHK St.Gallen-Appenzell empfiehlt die FABI-Vorlage daher zur Annahme.

### **Rückfragen**

Dr. Kurt Weigelt, Direktor IHK St.Gallen-Appenzell

Tel. 071 224 10 12, 076 317 23 24, kurt.weigelt@ihk.ch

Robert Stadler, Leiter Kommunikation, stv. Direktor IHK St.Gallen-Appenzell

Tel. 071 224 10 17, 078 765 10 00, robert.stadler@ihk.ch



IHK  
Industrie- und  
Handelskammer

St. Gallen  
Appenzell

Wir sagen deshalb  
**NEIN**  
zur Abschottungs-  
initiative.

Herr Nationalrat  
Toni Brunner  
Präsident SVP Schweiz  
9642 Ebnat-Kappel

## Wollen Sie das wirklich?

Sehr geehrter Herr Nationalrat

Die Einführung der Personenfreizügigkeit war die wichtigste Wirtschaftsreform der jüngeren Vergangenheit. Sie verhalf der Schweiz zu einer guten wirtschaftlichen Entwicklung. Wir haben die Finanzmarktkrise besser bewältigt als die meisten Länder der westlichen Welt. Wo Licht ist, ist zwar auch Schatten. Aber, Hand aufs Herz, sehr geehrter Herr Nationalrat: Gibt es in der Ostschweiz eine Wohnungsnot? Leidet Ihre Heimat, das Toggenburg, unter verstopften Strassen und überfüllten Zügen? Nein. Das Gegenteil ist richtig. Ohne die Personenfreizügigkeit wären die Einwohnerzahl und damit die wirtschaftliche Entwicklung in der Ostschweiz rückläufig.

Die SVP schlägt die Einführung von staatlich verwalteten Kontingenten vor. Die Vergangenheit hat gezeigt: Die Verlierer jeder staatlichen Planwirtschaft sind die Randregionen sowie die kleineren und mittleren Unternehmen, ohne besondere Beziehungen zu den Bewilligungsbehörden. Mit anderen Worten, auf der Strecke bleibt die Ostschweiz. Wollen Sie das wirklich? Für die IHK St. Gallen-Appenzell kommt dies nicht in Frage.

Wir sagen deshalb am **9. Februar NEIN zur Abschottungsinitiative.**

Freundliche Grüsse

Dr. Kurt Weigelt  
Direktor IHK St. Gallen-Appenzell